

**LESERMEINUNG**

**Grundprinzipien der liechtensteinischen Verfassung**

Zur Auswahl stehen die repräsentative Monarchie (Friedensinitiative) und die duale Monarchie (Fürsteninitiative). Der an sich legale Wunsch nach einer repräsentativen Monarchie ist mit der Entmachtung des Fürsten verbunden und bedeutet eine tief greifende Veränderung unserer Verfassungslandschaft. Der Fürst steht jedoch, wie sehr das auch beklagt wird, für eine repräsentative Monarchie nicht zur Verfügung. Man sollte sich auch einmal objektiv über seine Gründe Gedanken machen. Die Schnellschuss-Verfassung ist nicht zu Ende gedacht worden. Wenn sich über dem Landtag ein Machtvakuum auf tut, braucht es eine zweite unabhängige Kammer. Der belgische Staat, eine Erbmonarchie auf parlamentarischer Basis, besitzt einen Senat und eine Abgeordnetenkammer. Dieses Zweikammersystem wäre auch für Liechtenstein unbedingt erforderlich, wenn der Fürst Landtagsgesetzen nicht mehr widersprechen könnte. Die Fürsteninitiative ist auch deshalb dual, weil der Fürst Funktionen des Zweikammersystems wahrnehmen kann. Für den Bürger stellt sich die Verfassungsfrage in dieser Form: Will er sich in Ausnahmesituationen auch auf den Fürsten verlassen können, oder will er sich in allen Dingen ausschliesslich von den politischen Parteien abhängig machen? Für unsere winzig kleine Gemeinschaft ist dies eine berechnete Frage. Es wird nach meiner Meinung nicht über einzelne Verfassungsartikel abgestimmt, sondern über die Grundprinzipien einer liechtensteinischen Verfassung.

Dr. Wolfgang Bayer, Gamprin

**LANDESKANAL**

**Landeskanalsendungen zu den Verfassungsinitiativen**

**VADUZ** – Die im Vorfeld der Abstimmung über die beiden Verfassungsinitiativen aufgenommenen Sendungen zur Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden im Landeskanal ausgestrahlt:

- Dienstag, 11. März, 20 Uhr  
Kontradiktorische Diskussion
- Mittwoch, 12. März, 20 Uhr  
Initiative «Verfassungsfrieden»
- Donnerstag, 13. März, 20 Uhr  
Initiative des Fürstenhauses
- Donnerstag, 13. März, 21.30 Uhr  
Kontradiktorische Diskussion (Whlmg.)

**«Nein ist keine neue Chance»**

**Radio-L-Diskussion Rampenlicht im Zeichen der Verfassungsabstimmung**

**TRIESEN** – Wie VU-Präsident Heinz Frommelt in der gestrigen Radio L-Sendung Rampenlicht meinte, bringt ein Nein zur Initiative des Fürstenhauses eine neue Chance für die Verfassungsdiskussion. Regierungschef Otmar Hasler dagegen ist überzeugt, dass dieser Streit dann mit aller Vehemenz neu entfacht und zu einem ungewissen Ausgang führen würde. Dies umso mehr, als das Fürstenhaus sich an der Fortsetzung dieses Streits nicht mehr beteiligen wird.

• Martin Frommelt



Unterschiedliche Standpunkte, aber dennoch sachliche Diskussion gestern bei Radio L (v.l.): VU-Präsident Heinz Frommelt, Christel Hilti von der Freien Liste und Regierungschef Otmar Hasler.

Die Position der Freien Liste vertrat die stellvertretende Landtagsabgeordnete Christel Hilti. Die Initiative 'Verfassungsfrieden' komme am nächsten dem nach, was die Freie Liste wolle; es sei eine sanfte Renovation und dennoch ein wichtiger Schritt in die Zukunft, so Hilti.

**«Ja zum Kompromiss»**

Regierungschef Otmar Hasler erläuterte die Position von Regierung und FDP: Die Initiative des Fürstenhauses stelle einen Kompromiss dar, der nach langen Gesprächen zustande gekommen sei und dem sowohl Fürstenhaus, Regierung, Verfassungskommission wie Landtagsmehrheit zustimme. Dieser Kompromiss halte sich streng an die Prinzipien des bestehenden dualistischen Verfassungssystems, wobei es zwar zu sachlich begründeten Kompetenzverschiebungen komme, aber letztlich das derzeitige Machtgleichgewicht zwischen Volk und Fürst dennoch bestehen bleibe, sagte Hasler.

**«Bestehende Verfassung mit Achs und Wehs»**

VU-Präsident Heinz Frommelt sagte, er habe grosse Vorbehalte gegenüber diesen Vorschlägen: «Mit der bestehenden Verfassung haben wir eine unumstrittene Verfassung, die zwar ihre Achs und Wehs hat, mit der wir aber sicher

sind, dass sie funktioniert. Für eine Fortentwicklung einer Verfassungsänderung braucht es einen sehr breiten Konsens. Deshalb sind wir auch gegen die Friedensinitiative.»

Heinz Frommelt vertrat die bemerkenswerte Ansicht, der aktuelle Verfassungsstreit sei nur wegen der neuen Vorschläge entstanden. Als es 1992 wegen Unklarheiten über die bestehende Verfassung gar zu einer Staatskrise gekommen war und damals vor allem auch führende VU-Exponenten nach Verfassungsänderungen riefen, gab es allerdings weit und breit noch keinerlei neuen Vorschläge...

**Klärung war notwendig**

Regierungschef Hasler wies darauf hin, dass gerade hinsichtlich dem 1992 heiss diskutierten Thema «Regierungsentlassung» die unterschiedlichsten Lehrmeinungen bestehen und dies das beste Beispiel dafür sei, dass Klarheit geschaffen werde müsse. «Von daher war es dringend notwendig, dass wir einen Schritt vorwärts machen», so der Regierungschef.

Frommelt äusserte die Ansicht, dass der jetzige Kompromiss nicht als solcher bezeichnet werden

könne, weil das Fürstenhaus darin 80 Prozent seiner Vorstellungen durchbringen konnte. Regierungschef Otmar Hasler widersprach dieser Darstellung entschieden: Bei Antritt seiner Regierung im Frühjahr 2001 hätte es zuerst ganz danach ausgesehen, dass eine Diskussion nicht mehr möglich sei. Dennoch hätte man das Fürstenhaus für neue Verhandlungen gewinnen können. Hasler: «Von 28 Artikeln wurden 14 noch einmal geändert. Über die Interpretation kann man anderer Meinung sein. Ich bin aber überzeugt, dass wesentliche Fortschritte erzielt worden sind.» Dazu Frommelt: «In vielen Punkten hat es Fortschritte gegeben, aber in den Kernpunkten waren es nur minimalste Fortschritte.»

**Nein sagen und verhandeln...**

Heinz Frommelt räumte ein, dass man sich offenbar nicht einig sei, ob die Initiative des Fürstenhauses ein Fortschritt oder ein Rückschritt ist. Seine Folgerung daraus: In diesem Fall dürfe man keine Experimente machen, sondern müsse bei der bestehenden Verfassung bleiben. Im gleichen Atemzug bestätigte der VU-Präsident jedoch,

dass es für ihn mit dem Ruf nach der bestehenden Verfassung nicht getan ist. Heinz Frommelt: «Dann bekommen wir eine neue Chance, und die müssen wir dann auch nutzen». Will heissen: Zuerst einmal Nein sagen zur Initiative des Fürstenhauses und dann den Verfassungsstreit fortsetzen. Dass das Fürstenhaus diesbezüglich schon mehrmals angekündigt hat, sich dann nicht mehr an diesem für Land und Fürstenhaus schädlichen Verfassungsstreit zu beteiligen, sei nur am Rande vermerkt...

**«Nein ist keine Lösung»**

Regierungschef Hasler sagte, die Initiative des Fürstenhauses sei kein Experiment; diese Vorschläge seien jahrelang intensiv erarbeitet worden. «Das doppelte Nein bringt keine Lösung. Dann fangen wir diese Diskussion mit aller Vehemenz wieder von Neuem an.» Otmar Hasler betonte, dass es zehn Jahre gedauert habe, bis man sich auf diesen Kompromiss einigen konnte. Ausserdem seien die über 6000 Unterschriften für die Initiative des Fürstenhauses ein Hinweis, dass das Volk diesen Streit jetzt endlich entscheiden wolle, so Hasler.

ANZEIGE

**Ja zur Fürstenfamilie.**

**Amtlicher Stimmzettel**  
**Volksabstimmung**  
vom Freitag, 14. März und Sonntag, 16. März 2003  
über zwei Initiativbegehren zur Abänderung der Landesverfassung

Frage	Antwort (bitte ankreuzen)	Falls ihr mehr als e Vorschlag zustimm chem dieser Vorsch gibt ihr den Vor (bitte ankreuz
Wollt ihr den Entwurf von S.D. Fürst Hans Adam II. von Liechtenstein und S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein zur Abänderung der Landesverfassung annehmen?	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/>
Wollt ihr den Entwurf des Initiativkomitees «Verfassungsfrieden» zur Abänderung der Landesverfassung annehmen?	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/>

Nichtamtliche Stimmzettel und Stimmzettel, die Anmerkungen schverletzenden Inhalts oder Bedingungen oder Auflagen enthalten, sind ungültig.